

„Wer heute 1,6fache des Durchschnittsgehaltes verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es noch das 18fache des Durchschnittsgehaltes. Deshalb haben BDS und BVMU ihre Gesprächspartner regelmäßig aufgefordert, die Steuertarife an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen.“

(Thomas Brüggmann)

Steuern und Abgaben ein. Brüggmann verwies auf Untersuchungen, nach denen der Anteil von Steuern und Sozialabgaben an den Arbeitskosten für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener im Jahr 2017 im OECD-Schnitt bei 35,9 Prozent lag, in Deutschland aber bei 49,7 Prozent. Damit liege Deutschland im Ranking neben Belgien am Ende der Skala. Zudem fielen immer mehr Menschen in Deutschland unter den Spitzensteuersatz, unterstrich Brüggmann. Wer heute 1,6fache des Durchschnittsgehaltes verdiene, müsse bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 sei es noch das 18fache des Durchschnittsgehaltes gewesen, erläuterte der BDS-Präsident. Deshalb hätten BDS und BVMU ihre Gesprächspartner regelmäßig aufgefordert, die Steuertarife an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen, um ständigen Steuererhöhungen im Rahmen der sogenannten „kalten Progression“ zu begegnen. Brüggmanns Begründung: „Bei der Anpassung der Renten werde schließlich auch die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung zugrunde gelegt. Warum also nicht auch beim Steuertarif?“

Weiterhin sei bei den politischen Gesprächen durch den Verband gefordert worden, bei der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro auch die Grenze für geringfügige Beschäftigung zu erhöhen, weil sich bei einer Anhebung des Mindeststundenlohns die möglich zu leistende Stundenzahl verringere, was innerhalb vieler Betriebe zu Schwierigkeiten bei den Arbeitszeitabläufen führe, begründete Brüggmann die Haltung von BDS und BVMU.

Appell für freie Rede und Informationsgewinnung

Mit deutlichen Worten warnte Thomas Brüggmann im zweiten Teil seiner Ausführungen vor einer Verengung des Meinungskorridors, weil nach Auffassung beider Verbände sich seit einigen Jahren

ein Ungeist breitgemacht habe, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff nehme und die Grundlagen des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergrabe. So würden Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens stumm geschaltet und stigmatisiert, wenn sie es wagten, entgegen dem allgemeinen Mainstream zu argumentieren. Die gezielte Verunglimpfung von Intellektuellen, Künstlern, Autoren und jedem, und hierzu zählt nach Brüggmanns Worten auch der BDS, der von der aktuell herrschenden Meinung abweiche, sei eine inakzeptable Anmaßung. Für ihn und seine Mitstreiter seien freie Rede und freie Informationsgewinnung Rechte und keinesfalls Privilegien, die von dominierenden Gesinnungsgemeinschaften an Gesinnungsgleiche verliehen und missliebigen Personen entzogen werden könnten, so Brüggmanns Philippika. Dies sei auch der Grund dafür, eine Initiative zu unterstützen, die unter Mitwirkung des Vereins Deutsche Sprache initiiert wurde und die Überschrift „Appell für freie Debattenräume“ trägt.

Hochkarätige Gesprächspartner

Die von ihm vorgetragene Sachverhalte seien mit folgenden Persönlichkeiten diskutiert und erläutert worden, zählte Brüggmann auf: Klaus-Peter Willsch, MdB (CDU-Finanzexperte), Axel Fischer, MdB (CDU-Haushaltsexperte), Harald Christ (FDP-Bundesschatzmeister), Carl-Julius Cronenberg, MdB (FDP-Sozialpolitiker), Veronika Bellmann, MdB (CDU), Sylvia Pantel, MdB (CDU), Hans-Jürgen Irmer, MdB (CDU), Dr. Hans-Georg Maaßen (Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a.D.), Professor Fritz Vahrenholt (SPD-Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Buchautor), Arnold Vaatz, MdB (stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender und Bürgerrechtler), Dr. Gerhard Papke (NRW-

Thomas Brüggmann dankte den „guten Seelen des Verbandes“ (v. li.): Angelika Alexiou, Janina Schäfer und Rita Seiler.

